



Ergebnisse des NRW-Flüchtlingsgipfels vom 20. Oktober 2014 in Essen

1. Schaffung von zusätzlichen 1.800 Plätzen bis Ende November. Es bestehen dann etwa 7.000-7.500 Regelplätze. Dazu kommen noch die Notunterkünfte. Für nächstes Jahr sind weitere 2.500 Plätze notwendig.
2. Erhöhung der Landespauschale im FlüAG für die Kommunen um 40 Mio. Euro auf 183 Mio. Euro (von 143 Mio. Euro für 2015 vorgesehen auf 183 Mio. Euro). Das sind 28 Prozent mehr als bisher!¹
3. Einrichtung eines Härtefallfonds im FlüAG in Höhe von 3 Mio. Euro. Hierdurch sollen Kommunen in den Fällen unterstützt werden, in denen sie besonders hohe Krankheitskosten oder Pflegeaufwendungen für Flüchtlinge haben.
4. Einsatz auf Bundesebene für die vollständige Integration der Asylbewerber in die sozialen Sicherungssysteme des SGB II und SGB XII und die gesetzliche Krankenversicherungspflicht nach SGB V entsprechend des BR-Beschlusses vom 10.10.2014.
5. Verdopplung der Mittel für die soziale Flüchtlingsberatung von 3,5 Mio. Euro auf 7 Mio. Euro. Soziale Beratung ist der Schlüssel zur humanitären Zuwendung für die Flüchtlinge. Sie ermöglicht den direkten Dialog mit ihnen. Individuelles Betreuen statt kollektives Verwalten.
6. Erarbeitung eines neuen Konzepts für die Unterbringung von Flüchtlingen. Unser Ziel darf nicht allein darin bestehen, für ein Dach über dem Kopf und Sicherheit zu sorgen. Wir wollen die Flüchtlinge mit ihren vielschichtigen Erfahrungen und Bedürfnissen stärker in den Blick nehmen. Um diese neuen Standards zu definieren, braucht es einen konstruktiven Dialog mit den Verbänden.
7. Die meisten derer, die jetzt bei uns Schutz suchen, werden für längere Zeit, viele auch auf Dauer bei uns bleiben. Diese Menschen müssen wir in unsere Gesellschaft integrieren. Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass Kindern und jungen Flüchtlingen schulische Bildung zu Teil wird. Dazu müssen wir Sprachkurse auch unbürokratisch organisieren und das Ehrenamt für sprachliche Förderung nutzen. Erwachsene müssen einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

¹ Von den für 2015 vorgesehenen 143 Mio. Euro.
Plus 32 Mio. ergänzende Landeszuweisung auf dann 215 Mio. Euro.



8. Wir werden dafür sorgen, dass geltende und zukünftige Standards auch eingehalten werden. Das gilt für die Sicherheit genauso wie für die Qualität. Flüchtlinge haben darauf einen Anspruch. Der bereits initiierte Prozess flächendeckender Kontrollen muss geübte Praxis werden.
9. Einrichtung eines standardisierten Impfangebots in den Aufnahmeeinrichtungen, um den Menschen, insbesondere Kindern so frühzeitig wie möglich Zugang zum Impfschutz gewähren.
10. Wir prüfen ein Programm für Sonderbaumittel, das über die NRW.Bank finanziert und abgewickelt werden könnte.
11. Personelle Aufstockung des Bereiches Asyl/Unterbringung und Betreuung bei der Bezirksregierung Arnsberg (+ 23 Stellen), zusätzlich zu den 21 neuen Stellen, die im Haushalt 2015 stehen.
12. Wir müssen besser erfahren, wenn es irgendwo in den Einrichtungen hakt, wenn etwas nicht optimal läuft. Dazu werden wir erstens vor Ort in den Einrichtungen dauerhaft ein dezentrales Beschwerdemanagement einrichten. Zweitens werden wir die neu eingerichtete Task Force um Vertreter aus den Flüchtlingsorganisationen erweitern.